S 8 KR 376/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 11
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 KR 376/15 Datum 30.09.2016

2. Instanz

Aktenzeichen L 11 KR 843/16 Datum 21.07.2021

3. Instanz

Datum 01.08.2022

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Dortmund vom 30. September 2016 wird zurļckgewiesen und die Klage gegen die Bescheide vom 26. MĤrz 2019 und 20. August 2020 abgewiesen.

Die Beklagte hat dem Kläger die auÃ∏ergerichtlichen Kosten in beiden Rechtszügen zu 1/5 zu erstatten.

Im Ã□brigen sind keine Kosten zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Streitig ist die Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Der am 00.00.1954 geborene Kläger schloss mit Wirkung zum 1. November 1977 zwei Kapitallebensversicherungen bei der R Versicherungs-AG mit einer Laufzeit bis

zum 1. November 2010 ab, deren Prämien er zunächst selbst zahlte. Mit Nachtrag zum Versicherungsschein vom 9. Juni 1986 ýbernahm sein damaliger Arbeitgeber (P GmbH & Co KG) mit Wirkung zum 1. Januar 1986 als Versicherungsnehmer den Vertrag, während der Kläger weiterhin Versicherter blieb. Das Laufzeitende wurde auf den 1. November 2014 festgesetzt. Die Prämien zahlte nunmehr der Arbeitgeber. Nach Ausscheiden des Klägers aus der Beschäftigung zum 31. Dezember 2012 wurden die Versicherungsverträge durch den Kläger fortgeführt.

Der Kl \tilde{A} ¤ger bezog vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 Arbeitslosengeld von der Bundesagentur f \tilde{A} ½r Arbeit. Seit dem 1. Januar 2015 erh \tilde{A} ¤lt er eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung und ist in der Krankenversicherung der Rentner versicherungspflichtig.

Am 1. November 2014 und 1. Dezember 2014 erhielt der Kläger von der O-Lebensversicherung AG (im Folgenden: O, Nachfolger der R Versicherungs-AG) zwei Kapitalleistungen ausgezahlt, die nach Meldung der Zahlstelle vom 14. November 2014 bzw. 22. Dezember 2014 in Höhe von 48.697,07 â∏¬ und 41.563,28 â∏¬ jeweils eine Kapitalleistung der betrieblichen Altersversorgung darstellten.

Mit Bescheiden vom 6. Januar 2015 machte die Beklagte mit Wirkung vom 1. Dezember 2014 Beitr \tilde{A} * ge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in H \tilde{A} * he von monatlich 71,22 \hat{a} * * sowie ab dem 1. Januar 2015 in H \tilde{A} * he von monatlich 72,44 \hat{a} * * unter Ber \tilde{A} * * cksichtigung von monatlichen Einnahmen in H \tilde{A} * he von 405,81 \hat{a} * * geltend, wobei 1/120 des Zahlbetrages von 48.697,07 \hat{a} * * als Ausgangswert f \tilde{A} * * r die Beitragsberechnung zugrunde gelegt wurde.

Mit einem weiteren Bescheid vom 6. Januar 2015 erhob die Beklagte mit Wirkung ab 1. Januar 2015 BeitrÃxge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in HÃxhe von monatlich 61,83 âx unter BerÃx4cksichtigung von monatlichen Einnahmen in HÃx4he von 346,36 âx7 wobei 1/120 des Zahlbetrages von 41.563,28 âx7 als Ausgangswert fÃx4r die Beitragsberechnung zugrunde gelegt wurden.

Mit seinem am 13. Januar 2015 eingelegten Widerspruch machte der KlĤger geltend, die Versicherungen seien nicht im Rahmen eines BeschĤftigungsverhĤltnisses begründet worden. Es gebe keine Versorgungszusage des Arbeitgebers, und dieser sei nicht wirksam Versicherungsnehmer geworden. Im Gegensatz zu Pflichtversicherten habe er als freiwillig Versicherter in der Ansparphase keine Sozialversicherungsbeiträge gespart. Wenn er jetzt dennoch auf die Kapitalauszahlung Beiträge zu leisten habe, verstoÃ□e dies gegen Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz (GG). AuÃ□erdem sei in der Kapitalauszahlung eine Beitragsrückerstattung enthalten, die unter keinen Umständen zu verbeitragen sei.

Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 10. März 2015 zurück: Bei Beziehern von Arbeitslosengeld unterlägen gemäÃ∏ § 232a i.V.m. §Â§ 226 und 229 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) neben dem Arbeitslosengeld auch rentenvergleichbare Einnahmen der Beitragspflicht zur

Krankenversicherung. Zu diesen Versorgungsbezügen zählten Renten der betrieblichen Altersversorgung, soweit sie wegen einer EinschrĤnkung der ErwerbsfĤhigkeit oder zur Alters- bzw. Hinterbliebenenversorgung erzielt wÃ1/4rden, <u>§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V</u>. Durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG), das am 1. Januar 2004 in Kraft getreten sei, unterlĤgen auch kapitalisierte Leistungen der Beitragspflicht, wenn eine solche Leistung vor Eintritt des Versicherungsfalles vereinbart oder zugesagt worden sei. Dabei gelte gemäÃ∏ <u>§ 229 Abs. 1 Satz 3 SGB V</u> 1/120 der Versicherungsleistung als monatlicher Zahlbetrag, l\tilde{A}\times ngstens f\tilde{A}^{1}\sqrt{4}r 120 Monate. Die Beitragspflicht von Einmalzahlungen bewirke eine Gleichstellung mit den Versicherten, deren Betriebsrenten monatlich ausgezahlt würden. Bei versicherungspflichtigen Rentenantragstellern ergebe sich die Beitragspflicht von VersorgungsbezÃ¹/₄gen aus <u>§Â§ 239</u>, <u>240</u> i.V.m. <u>§ 229 SGB V</u> und bei krankenversicherungspflichtigen Rentnern aus <u>§ 237</u> i.V.m. <u>§ 229 SGB V</u>. Das Gesetz differenziere nicht danach, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen die LebensversicherungsvertrĤge abgeschlossen worden seien. Das seit dem 1. Januar 2004 geltende Recht sei mithin auch auf Kapitalzahlungen aus VertrĤgen der betrieblichen Altersversorgung anzuwenden, die vor dem 1. Januar 2004 abgeschlossen worden seien. Eine Ã□bergangsregelung, welche die Beitragspflicht fÃ¹/₄r zuvor abgeschlossene Lebensversicherungsverträge ausschlie̸e, existiere nicht. Das Bundessozialgericht (BSG) habe in zahlreichen Verfahren über die RechtmäÃ∏igkeit dieser Regelungen geurteilt. Es habe u.a. mit Urteilen vom 13. September 2006 â∏∏ B 12 KR 1/06 R und B 12 KR 17/06 R â∏∏ sowie vom 25. April 2007 â∏∏ <u>B 12 KR 25/05 R</u> und <u>B 12 KR 26/05 R</u> â∏∏ entschieden, dass es sich immer dann um eine beitragspflichtige Rente der betrieblichen Altersversorgung handele, wenn ein formaler Bezug zum Arbeitsleben bestehe. Hierbei sei es ausreichend, dass der Arbeitgeber Versicherungsnehmer sei und der Arbeitnehmer oder seine Hinterbliebenen hinsichtlich der Leistung des Versicherers ganz oder teilweise bezugsberechtigt seien. Unterschieden werde nicht, ob und in welchem Umfang die den Bezügen zugrunde liegenden Aufwendungen von den Versicherten selbst getragen worden seien. Auch habe das BSG keine Rücksicht darauf genommen, ob auf die dafür eingesetzten BeitrĤge bereits KrankenversicherungsbeitrĤge erhoben worden seien. Eine EinschrÄxnkung bestehe lediglich für die FÃxlle, in denen der Arbeitnehmer aus dem BeschĤftigungsverhĤltnis ausscheide und der Versicherungsvertrag auf den Arbeitnehmer als Versicherungsnehmer übertragen werde; dann gelte dieser Teil nicht als Rente der betrieblichen Altersversorgung (vgl. BVerfG, Beschluss vom 28. September 2010 â∏ Az. 1 BvR 1660/08). Nach den vorliegenden Unterlagen seien die vom KlĤger ursprļnglich privat abgeschlossenen LebensversicherungsvertrĤge vom ehemaligen Arbeitgeber am 1. Januar 1986 bis zum 1. Januar 2013 als Direktversicherung fortgefļhrt worden. Die jeweiligen Leistungen, die auf den Beitragsleistungen des KlAzgers wAzhrend der Zeiten der Privatversicherungen beruhten, wÃ1/4rden nicht als Renten der betrieblichen Altersversorgung gelten, und entsprechend seien darauf auch keine BeitrĤge erhoben worden. Der betriebliche Teil der beiden ausgezahlten Kapitalleistungen stehe in direktem Bezug zur früheren Erwerbstätigkeit und sei der betrieblichen Altersversorgung zuzuordnen: Entsprechend seien diese Betriebsrenten mit 1/120 des Zahlbetrages der Beitragspflicht unterworfen. Für die Bemessung der

Beiträge gelte der allgemeine Beitragsgrundsatz gemäÃ∏ <u>§ 248 SGB V</u>. Der Widerspruchsbescheid ergehe auch im Namen der Pflegekasse. Beiträge zur Pflegeversicherung seien nach den näheren Bestimmungen der <u>§Â§ 54</u> ff Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) zu zahlen.

Der Kläger hat am 30. März 2015 Klage erhoben und seine Ausführungen aus dem Widerspruchsverfahren wiederholt und vertieft.

Der KlĤger hat beantragt,

die Bescheide vom 6.1.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10.3.2015 aufzuheben und die im Hinblick auf die ausgezahlten Kapitalleistungen bereits geleisteten BeitrĤge zu erstatten.

Die Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie hat auf ihre Ausführungen im Widerspruchsbescheid Bezug genommen.

Nachdem sich die Beteiligten mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt haben, hat das Sozialgericht (SG) mit <u>Urteil vom 30. September 2016 ohne mündliche Verhandlung die Klage abgewiese</u>n. Auf die Entscheidungsgründe wird Bezug genommen.

Gegen das am 21. Oktober 2016 zugestellte Urteil hat der KlĤger am 9. November 2016 Berufung eingelegt und zur BegrA¹/₄ndung auf sein bisheriges Vorbringen Bezug genommen. Ergänzend trägt er vor, dass eine ungenügende SachverhaltsaufklĤrung erfolgt sei, ob überhaupt ein Vertrag zur betrieblichen Altersvorsorge vorliege. Es habe keine Versorgungszusage, sondern nur eine â∏reine Beitragszusageâ∏ vorgelegen. Bei seinem Arbeitgeber habe es eine Gruppenlebensversicherung gegeben, eine durch den Arbeitgeber finanzierte Direktversicherung (Auszahlungstermin 2019) und eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente als Direktzusage. Der Arbeitgeber habe seine bereits bestehenden Versicherungen als reine Beitragszusage übernommen, um ihm den Zugang zu den steuerlichen Vorteilen zu ermĶglichen. Die private â∏Gehaltsumwandlungsversicherungâ∏ sei keine Direktversicherung im arbeitsrechtlichen Sinn. In den Auszahlungen seien Beitragsrļckerstattungen für die nicht in Anspruch genommene Berufsunfähigkeitsversicherung enthalten, die keinen Versorgungsbezug darstellten. Die ursprļnglich privat begrļndeten Versicherungen seien nie wirksam auf den Arbeitgeber übertragen worden. Es habe ein versteckter Dissens i.S.v. § 155 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) vorgelegen. ErgĤnzend nimmt er auf ein zur Akte gereichtes Gutachten des Herrn Prof. Dr. Bieback (â∏Gutachten zur Beitragspflicht von Leistungen der Direktversicherung in der Krankenversicherung der Rentner â∏) Bezug.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Dortmund vom 30.9.2016 zu ändern und â□□ bezogen auf Kapitalleistungen der O-Lebensversicherung AG und auf Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung â□□ die Bescheide der Beklagten vom 6.1.2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10.3.2015 und die Bescheide vom 26.3.2019 und 20.8.2020 aufzuheben, ihm die entrichteten Beiträge zu erstatten und diese nach MaÃ□gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu verzinsen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurĽckzuweisen und die Klage gegen die Bescheide vom 26.3.2019 und 20.8.2020 abzuweisen.

Die Beklagte nimmt auf die erstinstanzlichen Entscheidungsgründe Bezug und verweist auf das Urteil des BSG vom 20. Juli 2017 (B 12 KR 12/15 R). Dort habe der frühere Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ab Erreichen des 55. Lebensjahrs eine monatliche Betriebsrente zugesagt. Vorliegend habe der frühere Arbeitgeber des Klägers die ursprünglich vom Kläger abgeschlossenen Verträge ab 1. Januar 1986 als betriebliche Direktversicherung übernommen. Der erneute Versicherungsnehmerwechsel sei zum 1. Januar 2013 erfolgt. Die Auszahlungen im November und Dezember 2014 hätten im zeitlichen Zusammenhang zum Renteneintritt (1. Januar 2015) stattgefunden. Es sei nicht erkennbar, dass durch den früheren Arbeitgeber Zahlungen als Ã□berbrückungsleistungen geleistet geworden seien. Die Kapitalleistungen der O seien als beitragspflichtige Versorgungsbezüge anzusehen.

Im ErĶrterungstermin vom 16. August 2017 hat der KlĤger erklĤrt, er sehe ein, dass er den versteckten Dissens auf dem Zivilrechtswege h\(\tilde{A} \) xtte geltend machen mýssen. Er weise jedoch darauf hin, dass ihm die Versicherung im Jahr 2004 mitgeteilt habe, dass er (und nicht der Arbeitgeber) Versicherungsnehmer sei. Ergänzend nimmt er Bezug auf das Urteil des BSG vom 25. Juli 2017 â∏ B 12 KR 12/15 R. Er erreiche die Regelaltersgrenze erst im November 2019. Seit 1. Januar 2015 beziehe er Rente für Schwerbehinderte. Ihm sei zum 31.Dezember 2012 betriebsbedingt gekündigt worden. Die Beitragsfestsetzung durch die Beklagte sei fünf Jahre zu früh erfolgt, da es sich um beitragsfreie ̸berbrückungsleistungen gehandelt habe. Wenn das BSG die Beitragspflicht vom Vorliegen der Voraussetzungen nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) IA¶se und auf die Notwendigkeit einer Versorgungszusage verzichte, ignoriere es den Wortlaut â∏vereinbart oder zugesagtâ∏ in § 229 Abs. 1 Satz 3 SGB V. Der Gesetzestext verliere so seinen Sinn. Damit versto̸e das Urteil des BSG auch gegen die Vorgabe des BVerfG vom Unterscheidung sich nur daran orientieren kanne, ob die rechtlichen Vorgaben betrieblicher Altersversorgung erfļllt seien.

Der Senat hat von Amts wegen die O um \tilde{A}_0 bersendung einer qualifizierten Bescheinigung \tilde{A}_4 ber die Versorgungsbez \tilde{A}_4 ge gebeten. Ferner ist um Erl \tilde{A} uterung gebeten worden, ob und gegebenenfalls in welcher H \tilde{A} \P he in den

ermittelten Werten Beitragsrückerstattungen in Bezug auf eine Berufsunfähigkeitsversicherung enthalten sind. Die O hat hierauf mit Schreiben vom 23. Oktober 2018 folgende Werte mitgeteilt:

Â

Versicherungs -	durch	GesamtbeitrÃ ge	∝Gesamtablaufl eistung	Versorgungsb ezug
scheinnr.	Arbeitgeber gezahlt			
LV 01 LV 02	_		52.763,04 â∏¬ 47.175,56 â∏¬	

Â

Im Erörterungstermin am 30. Oktober 2018 haben die Beteiligten einen Unterwerfungsvergleich dahingehend geschlossen, dass die Beklagte sich verpflichtet hat, im Falle einer für den Kläger positiven Entscheidung in der vorliegenden Streitsache unter Verzicht auf die Einrede der Verjährung den Widerspruch des Klägers vom 13. Januar 2015 hinsichtlich der Beiträge zur Pflegeversicherung neu zu bescheiden und gegebenenfalls zu viel gezahlte Beiträge zurückzuerstatten. Dies gelte auch für Folgebescheide. Insoweit müsse nicht erneut vom Kläger Widerspruch erhoben werden. Die Beteiligten haben klarstellend mitgeteilt, dass sich die vorliegende Streitsache damit allein auf die Beiträge zur Krankenversicherung beziehe.

Mit Schreiben vom 25. Januar 2019 hat die O ergĤnzend mitgeteilt, dass die mit Schreiben vom 23. Oktober 2018 übermittelten Werte nicht korrekt seien. Bei der Berechnung seien lediglich die Beiträge bis zum 1. Dezember 2004 berücksichtigt worden. Die Beiträge seien nunmehr nach der prämienratierlichen Berechnungsmethode berechnet worden:

a. $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$ die LV 01 ergebe sich folgender Versorgungsbezug:

17.146,08 â \Box ¬ durch 23.496,48 â \Box ¬ Ã \Box 52.7 63,04 â \Box ¬ (Gesamtablaufleistung) = 38.502,76 â \Box ¬

b. $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$ die LV 02 ergebe sich folgender Versorgungsbezug:

25.106,51 â□¬ durch 29.374,59 â□¬ Ã□ 47.175,56 Euro (Gesamtablaufleistung) = 40.321,03 â□¬.

Â

Die Ablaufleistungen enthielten eine (nicht näher bezifferte) Beitragsrückgewähr aus der Berufsunfähigkeitsversicherung.

Der KIÄxger hat hierauf erwidert, dass die nunmehr durch die O mitgeteilten Werte

schlüssig seien (Schreiben vom 14. Februar 2019).

Die Beklagte hat die im Schreiben der O vom 25. Januar 2019 enthaltenen Werte zum Anlass genommen, die Höhe der BeitrÃxge des KlÃxgers fÃx4r den Zeitraum ab dem 1. Dezember 2014 neu festzusetzen (Bescheide vom 26. MÃxrz 2019). Das infolge der Ãx1nderung ausgewiesene Beitragsguthaben ist zum einen mit der fÃx1ligen Beitragsforderung fÃx4r den Monat Februar 2019 aufgerechnet und im x1nderung in HÃx2nderung hat von 749,27 âx3nderung erstattet worden (vgl. Schreiben der Beklagten vom 1. April 2019).

Der KlĤger hat mit Schreiben vom 26. April 2019 eingewandt, dass die Beklagte weiterhin die Beitragsrù¼ckgewähr aus der Berufsunfähigkeitsversicherung nicht berù¼cksichtigt habe. Ferner sei die Beklagte verpflichtet, den erstatteten bzw. aufgerechneten Betrag zu verzinsen.

Der Senat hat sodann die O um gesonderten Ausweis der Rückgewährsumme aus der Berufsunfähigkeitsversicherung gebeten, worauf die O mit Schreiben vom 22. August 2019 folgende Werte mitgeteilt hat:

Â

Â

Der Kläger hat eingewandt, dass die nunmehr mitgeteilten Zahlen der O wiederum falsch seien. Sie habe erneut bei der Darlegung der BeitragsrÃ 1 4ckgewähr nicht zwischen privater und betrieblicher Beitragszeit unterschieden. Ferner hat er auf die Auslegung des Wortlautes des $^{\hat{A}\S}$ 229 SGB V durch die Gesellschaft f $^{\hat{A}}$ 4r deutsche Sprachen e.V. (Schreiben vom 15. Januar 2019) hingewiesen.

Am 2. September 2019 hat die Z-Lebensversicherung AG dem Kläger eine Kapitalleistung i.H.v. 6.064,95 â□¬ ausgezahlt. Die Beklagte hat diesen Betrag unter Einbeziehung der mit Bescheiden vom 26. März 2019 festgesetzten Beiträge mit Bescheid vom 10. April 2019 monatlich verbeitragt.

Mit Schreiben vom 15. Juni 2020 hat die O dem Senat ergĤnzend mitgeteilt, dass bezogen auf eine BerufsunfĤhigkeitsversicherung eine Beitragsrýckgewähr wie folgt zu berechnen sei:

Â

VersicherungsnummerÂÂÂÂÂ LV 01:

a. private Anteil der BeitragsrýckgewÃxhrsumme von 8.698,44 â $\Box \neg = 2.053,93$ â $\Box \neg$

b. betriebliche Anteil der Beitragsr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ckgew \tilde{A} ¤hrsumme von 8.698,44 â \square ¬ = 6.347,51 â \square ¬

Â

VersicherungsnummerÂÂÂÂÂ LV02:

a. private Anteil der BeitragsrýckgewÃxhrsumme von 11.927,76 â $\Box \neg = 3.223,72$ â $\Box \neg$

b. betriebliche Anteil der Beitragsr
ýckgewährsumme von 11.927,76 â
[]¬ = 8.704,04 â
[]¬

Â

Der KlĤger hat hierauf mitgeteilt, dass die nunmehr mitgeteilten Summen schlļssig seien (Schreiben des KlĤgers vom 30. Juni 2020).

Die Beklagte hat die betrieblichen Anteile der Beitragsrückgewährsumme von der zu verbeitragenden Kapitalzahlung in Abzug gebracht (vgl. Schreiben der Beklagten vom 7. Juli 2021) und mit Bescheiden vom 20. August 2020 für die Zeit ab dem 1. Dezember 2014 die Beiträge neu berechnet und festgesetzt.

Am 7. Oktober 2020 haben die Beteiligten die Sach- und Rechtslage erĶrtert. Der KlĤger hat erklĤrt, dass er in Bezug auf die in den Bescheiden vom 26. MĤrz 2019 und 20. August 2020 ausgewiesenen ErstattungsbetrĤge keine Zinsen mehr geltend mache. Die Beklagte habe die Zinsen zwischenzeitlich ausgekehrt. Ferner hat der KlĤger ausgefļhrt, dass der Bescheid vom 10. April 2019 nur in Bezug auf die darin weiterhin erfolgte Verbeitragung der Kapitalleistung der O streitgegenstĤndlich sei. In Bezug auf die ab dem 1. Oktober 2019 ebenfalls erfolgte Verbeitragung der zugeflossenen Kapitalleistung der Z Lebensversicherung AG sei ein separates Widerspruchsverfahren anhĤngig. Die Frage, ob die Kapitalleistung der Z Lebensversicherung AG der Beitragspflicht unterliege, sei nicht Gegenstand des vorliegenden Berufungsverfahrens.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Streitakte sowie der beigezogenen Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, deren wesentlicher Inhalt Gegenstand der Beratung gewesen ist.

Â

Entscheidungsgründe

A. Gegenstand der Berufung sind die Bescheide der Beklagten vom 6. Januar 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10. März 2015 â∏ nach §Â§ 153 Abs. 1, 96 Abs. 1 SGG â∏ in der Fassung der Bescheide vom 26. März 2019 und 20. August 2020. Ã∏ber die Bescheide vom 26. März 2019 und 20. August 2020 entscheidet der Senat auf Klage hin (vgl. BSG, Urteil vom 25. Februar 2010 â∏∏ B 13

R 61/09 R â ☐ SozR 4-5050 §Â 22 Nr. 10 â ☐ Rn.15 m.w.N.).

Nicht streitgegenständlich sind â□□ infolge des Unterwerfungsvergleichs im Erörterungstermin am 30. Oktober 2018 â□□ die in den streitgegenständlichen Bescheiden festgesetzten Beiträge zur gesetzlichen Pflegeversicherung.

Ebenfalls nicht streitgegenstĤndlich ist die Verbeitragung der Kapitalleistung der Z Lebensversicherung AG (6.064,95 â□¬) (Bescheid vom 10. April 2019). Diesbezüglich ist ein separates Widerspruchsverfahren anhängig. Der Bescheid vom 10. April 2019 ist auch nicht in Bezug auf die Beitragspflicht der Leistungen der O in das Verfahren einzubeziehen. Die dort aufgeführten Werte entsprechen denen im Bescheid vom 26. März 2019 und enthalten keine selbstständige â□□ über die Festsetzung im Bescheid vom 26. März 2019 hinausgehende â□□ Regelung.

- **B.** Die so ausgelegte Berufung des Klägers ist gem. <u>§Â§Â 143</u>, <u>144, 151</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthaft und auch sonst zulässig. Insbesondere ist sie nicht nach <u>§Â 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG</u> zulassungsbedýrftig, da Beitragsforderungen von mehr als einem Jahr in Streit stehen (<u>§Â 144 Abs. 1 Satz 2 SGG</u>).
- C. Die Berufung ist unbegründet. Die Klagen sind als Anfechtungsklagen zulässig, jedoch unbegründet. Die Bescheide vom 6. Januar 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10. März 2015 sowie die Bescheide vom 26. März 2019 und 20. August 2020 sind rechtmäÃ∏ig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten (§ 54 Abs. 1 Satz 2 SGG) (1.). Er hat keinen Anspruch auf Erstattung þberzahlter Beiträge nebst Zinsen (2.).
- **1.** Der Umfang der Beitragspflicht zur Krankenversicherung beurteilt sich nach dem Versichertenstatus in dem Zeitpunkt, fýr den Beiträge erhoben werden. Der Kläger war bis zum 31. Dezember 2014 als Bezieher von Arbeitslosengeld nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 SGB V in der Krankenversicherung versicherungspflichtig; seit dem 1. Januar 2015 schloss sich eine Versicherungspflicht in der Krankenversicherung der Rentner an (§ 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V).
- **a.** Nach <u>§ 226 Abs. 1 Nr. 3 SGB V</u> gehören zu den in der gesetzlichen Krankenversicherung beitragspflichtigen Einnahmen des versicherungspflichtigen Beschäftigten nicht nur das Arbeitsentgelt, sondern auch der Zahlbetrag der der Rente vergleichbaren Einnahmen, sog. Versorgungsbezüge (<u>§ 229 SGB V</u>). Gleiches gilt nach <u>§ 237 Satz 1 Nr. 2 SGB V</u> für gesetzlich versicherte Rentner und nach <u>§ 232a Abs. 3 SGB V</u> fþr Bezieher von Arbeitslosengeld.

Als der Rente vergleichbare Einnahmen (VersorgungsbezÃ 1 /4ge) gelten nach $^{\hat{A}\S}$ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V auch die $^{\hat{a}}$ Renten der betrieblichen Altersversorgung $^{\hat{a}}$ soweit sie $^{\hat{a}}$ entsprechend der Formulierung in der Einleitung des $^{\hat{A}\S}$ 229 Abs. 1 Satz 1 SGB V $^{\hat{a}}$ $^{\hat{a}}$ $^{\hat{a}}$ $^{\hat{a}}$ $^{\hat{a}}$ $^{\hat{a}}$ $^{\hat{a}}$ higkeit oder zur Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erzielt werden $^{\hat{a}}$ $^{\hat{a}}$. Tritt an die Stelle der Versorgungsbez $^{\hat{a}}$ /4ge eine nicht regelm $^{\hat{a}}$

wiederkehrende Leistung oder ist \hat{a}_{\parallel} wie hier \hat{a}_{\parallel} eine solche Leistung vor Eintritt des Versicherungsfalls vereinbart oder zugesagt worden, gilt nach \hat{A} § 229 Abs. 1 Satz 3 SGB V 1/120 der Leistung als monatlicher Zahlbetrag der Versorgungsbez \hat{A}_{\parallel} 4ge, $|\hat{A}_{\parallel}$ 2mgstens jedoch $|\hat{A}_{\parallel}|$ 4r 120 Monate.

Der Anwendungsbereich des <u>§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V</u> ist nicht auf die im Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) genannten Durchführungswege beschränkt. Das BSG hat den Begriff der betrieblichen Altersversorgung stets eigenstĤndig nach Sinn und Zweck der krankenversicherungsrechtlichen Vorschriften angewandt (vgl. bspw. BSG, Urteil vom 20. Juli 2017 â□□ <u>B 12 KR 12/15 R</u> â□□ <u>BSGE 124, 20</u> ff.; BSG, Urteil vom 30. März 2011 â∏ B 12 KR 16/10 R â∏ BSGE 108, 63 ff.). Zur betrieblichen Altersversorgung gehĶren Bezýge vom (früheren) Arbeitgeber, von bestimmten Institutionen oder Einrichtungen (z.B. Pensionskassen, Unterstützungskassen, Versicherungen), bei denen in der Regel ein Zusammenhang zwischen der ZugehĶrigkeit zu einer solchen Sicherungsform und einer ErwerbstÄxtigkeit besteht (sog. institutionelle Abgrenzung). Dabei ist es ausreichend, dass bei der jeweiligen Sicherungsinstitution typisierend von einem solchen Zusammenhang auszugehen ist. Auch ModalitAxten der individuellen Beitragsgestaltung (z.B. teilweise oder volle Beitragstragung durch den Arbeitnehmer) in der betrieblichen Altersversorgung und des Leistungsrechts bleiben unberücksichtigt. Wird der Bezug einer Leistung â∏ wie hier â∏ nicht schon institutionell (Versicherungseinrichtung, Versicherungstyp) vom Betriebsrentenrecht erfasst, sind wesentliche Merkmale einer Rente der betrieblichen Altersversorgung im Sinne des Beitragsrechts der GKV ein Zusammenhang zwischen dem Erwerb dieser Rente und der früheren BeschÄxftigung sowie ihre Einkommens-(Lohn- bzw. Entgelt-)Ersatzfunktion. Leistungen sind u.a. dann der betrieblichen Altersversorgung zuzurechnen, wenn sie die Versorgung des Arbeitnehmers im Alter bezwecken, also der Sicherung des Lebensstandards nach dem Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Erwerbsleben dienen sollen. Durch diese Zwecksetzung unterscheidet sich die betriebliche Altersversorgung von sonstigen Zuwendungen des Arbeitgebers, etwa solchen zur ̸berbrückung erwarteter Arbeitslosigkeit oder Abfindungen für den Verlust des Arbeitsplatzes (BSG, Urteil vom 20. Juli 2017 â∏ B 12 KR 12/15 R â∏ a.a.O.).

Der hinreichende Zusammenhang zwischen dem Erwerb der Leistungen aus der Lebensversicherung und der BerufstĤtigkeit des Arbeitnehmers fÃ 1 / 4 r die Qualifizierung als beitragspflichtige Einnahme der betrieblichen Altersversorgung ist auch dann gegeben, wenn der Versicherungsvertrag durch den Arbeitnehmer zunächst als private Lebensversicherung abgeschlossen wurde und erst später durch den Eintritt des Arbeitgebers als Versicherungsnehmer in den Versicherungsvertrag zu einer Direktversicherung wurde, selbst wenn später ein weiterer Versicherungsnehmerwechsel erfolgt und der Arbeitnehmer erneut Versicherungsnehmer wird (vgl. BSG, Urteil vom 30. März 2011 â \square B 12 KR 24/09 R â \square SozR 4-2500 §Â 229 Nr. 13).

Nach diesen Vorgaben sind die dem Kläger ausgezahlten Kapitalleistungen Versorgungsbezüge im Sinne von <u>§ 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V</u>. Die

Leistungen der â∏Kapitalversicherung mit Gewinnbeteiligung im Rahmen einer betrieblichen Direktversicherungâ∏ stellen ausweislich der Nachträge zu den Versicherungsscheinen vom 9. Juni 1986 Einnahmen dar, die im Sinne von § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V â∏zur Altersversorgung erzieltâ∏ werden; sie verfolgen nicht lediglich einen ̸berbrückungszweck, weil sie nicht den Ã∏bergang in ein neues ArbeitsverhÄxltnis oder in den Ruhestand erleichtern sollen, sondern einen Versorgungszweck, da die Zusage dieser Einnahmen nach ihrem objektiven Inhalt die Versorgung der Berechtigten â∏ und ihrer Familien â∏ sicherstellen soll. Die Versicherungssumme wird mit Ablauf des 1. November 2014, d.h. nach Vollendung des 60. Lebensjahres gezahlt oder beim Tod des Versicherten an den überlebenden Ehegatten. Dass der Kläger tatsächlich erst später zum 1. Januar 2015 Rentner wurde, ist unerheblich. Es kommt für den Versorgungszweck einer Versicherungsleistung nicht darauf an, ob im Einzelfall die konkreten Voraussetzungen für den Bezug einer Rente wegen Alters nach dem Recht der GRV zum Laufzeitende (Auszahlungsdatum) erfüllt sind (vgl. BSG, Urteil vom 8. Juli 2020 â∏∏ B 12 KR 1/19 R). Damit steht die Zahlung gleichsam als zweite Säule neben der gesetzlichen Altersrente zur Altersversorgung zur Verfä\(^{1}\)4gung (vgl. LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 17. September 2020 â∏∏ L 10 KR 4/20 â∏∏ m.w.N.).

Unerheblich ist, ob die BeitrĤge zur Lebensversicherung aus dem Brutto- oder Nettoarbeitsentgelt aufgebracht worden sind. Ein Anspruch auf Erhalt der in der Ansparphase gegebenen Beitragsfreiheit bis in die Auszahlphase lĤsst sich aus dem Gesetz und der Verfassung nicht herleiten. Auch kommt es nicht darauf an, dass die Lebensversicherung gegebenenfalls aus einem Arbeitsentgelt oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze finanziert wird (BSG Urteil vom 26. Februar 2019 â□□ B 12 KR 17/18 R â□□ BSGE 127, 254 m.w.N.). Zudem existiert kein Grundsatz, dass mit aus bereits der Beitragspflicht unterliegenden Einnahmen vom Versicherten selbst finanzierte Versorgungsbezüge der Beitragspflicht überhaupt nicht oder jedenfalls nicht mit dem vollen Beitragssatz unterworfen werden dürfen (BSG, Urteil vom 8. Oktober 2019 â□□ B 12 KR 2/19 R â□□ SozR 4-2500 § 229 Nr. 28 â□□ Rn. 19;R vgl. auch BVerfG Beschluss vom 6. September 2010 â□□ 1 BvR 739/08 â□□ SozR 4-2500 § 229 Nr. 10 Rn. 10).

Kapitalleistungen verlieren ihren Charakter als Versorgungsbezug zudem nicht deshalb, weil sie zum Teil oder ganz auf Leistungen des Arbeitnehmers bzw. des Bezugsberechtigten beruhen. Sie bleiben auch dann im vollen Umfang Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, wenn die Beiträge allein vom Arbeitnehmer gezahlt werden (BVerfG, Beschluss vom 28. September 2010 â□□ 1 BvR 1660/08 â□□ SozR 4-2500 § 229 Nr. 11; BSG, Urteil vom 4. September 2018 â□□ B 12 KR 20/17 R â□□ juris; Urteil vom 25. April 2007 â□□ B 12 KR 25/05 R â□□ juris; Urteil vom 13. September 2006 â□□ B 12 KR 5/06 R â□□ SozR 4-2500 § 229 Nr. 4). Selbst bei Beiträgen, die ein Arbeitnehmer nach dem Ausscheiden aus dem ArbeitsverhäItnis auf eine Direktversicherung einzahlt, ist der Berufsbezug noch gewahrt, solange der Arbeitgeber die Direktversicherung als Versicherungsnehmer und damit innerhalb der institutionellen Vorgaben des Betriebsrentengesetzes fortfÃ⅓hrt (BVerfG, Beschluss vom 6. September 2010 â□□ 1 BvR 739/08 â□□ SozR 4-2500 § 229 Nr. 10). Lediglich Kapitalleistungen, die auf Beiträgen beruhen, die ein Arbeitnehmer nach Beendigung seiner Erwerbstätigkeit auf den

Lebensversicherungsvertrag unter Einr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cken in die Stellung des Versicherungsnehmers eingezahlt hat, d $\tilde{A}^{1}/_{4}$ rfen nicht der Beitragspflicht nach \hat{A}^{S} 229 SGB V unterworfen werden (BVerfG, Beschluss vom 28. September 2010 $\hat{a} \square \square 1$ BvR 1660/08 $\hat{a} \square \square \square 3$...).

Der Beitragspflicht steht auch nicht entgegen, dass der KlĤger von der O keine laufenden Leistungen, sondern Einmalzahlungen erhalten hat. Tritt an die Stelle regelmäÃ∏iger Versorgungsbezüge eine nicht regelmäÃ∏ig wiederkehrende Leistung (Einmalzahlung) oder ist diese schon vor Eintritt des Versicherungsfalls vereinbart oder zugesagt worden, gilt nach § 229 Abs. 1 Satz 3 SGB V ein 1/120 der Leistung als monatlicher Zahlbetrag der Versorgungsbezüge, längstens jedoch fýr 120 Monate. Es bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken, Kapitalleistungen, die die Kriterien einer betrieblichen Altersversorgung erfļllen, den Versorgungsbezügen nach <u>§ 229 Abs. 1 Satz 1 SGB V</u> gleichzustellen. Die Gleichsetzung von laufenden Versorgungsbezügen und nicht regelmäÃ∏ig wiederkehrenden Leistungen wahrt das Gebot des Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz (GG), Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Es ist kein wesentlicher Unterschied bezýglich der beschÃxftigungsbezogenen Einnahmen zwischen laufend gezahlten Versorgungsbezügen und nicht regelmäÃ∏ig wiederkehrenden Leistungen gleichen Ursprungs und gleicher Zwecksetzung, insbesondere einmaligen Kapitalauszahlungen aus Versorgungszusagen, festzustellen (so in Bezug auf Direktversicherungen BVerfG, Beschluss vom 7. April 2008 â∏ 1 BvR 1924/07 â∏∏ SozR 4-2500 § 229 Nr. 5; BSG, Urteil vom 26. Februar 2019 â∏∏ B 12 KR 17/18 R â∏∏ juris).

Die Unanwendbarkeit des <u>§ 229 Abs. 1 Satz 3 SGB V</u> ergibt sich auch nicht aus den vom Kläger vorgelegten â∏Erläuterungen zum Demonstrativpronomen solchâ∏ der Gesellschaft fýr deutsche Sprache e.V. vom 17. Januar 2019. Deren Einschätzung, dass sich das Demonstrativpronomen â∏solcheâ∏ auf die vorherige Nominalphrase â∏nicht regelmäÃ∏ig wiederkehrende Leistungâ∏∏ beziehe, entspricht dem WortlautverstÄxndnis des Senats, wonach eine Einmalzahlung aus einer betrieblichen Altersversorgung zu einem 1/120 der Beitragsbemessung zugrunde zu legen ist, wenn sie entweder an die Stelle der regelmäÃ∏igen Versorgungsbezüge tritt (d.h. nach Beginn der laufenden Zahlung) oder vor Eintritt des Versicherungsfalls (Erreichens des Alters, zu dem die Auszahlung vereinbart ist) zugesagt worden ist. Mit dem Satzteil â∏⊓vor Eintritt des Versicherungsfallsâ∏∏ wird damit eine Zeitspanne bezeichnet, die vom Vertragsabschluss bis zum vereinbarten Laufzeitende reicht. Dass es sich insoweit um eine Vereinbarung oder Zusage handeln muss, die eine zunĤchst vorgesehene Zahlung von Versorgungsbezügen abändert, lässt sich dem Wortlaut nicht entnehmen (so BSG, Urteil vom 8. Juli 2020 â∏∏ B 12 KR 1/19 R â∏∏ Rn. 27).

Der Umstand, dass von den Lohnanteilen, aus denen die VersicherungsbeitrĤge gezahlt wurden, bereits BeitrĤge zur Sozialversicherung abgefļhrt wurden, führt ebenfalls nicht zur Rechtswidrigkeit. Ein Verbot der Doppelverbeitragung existiert nicht. Nach dem BVerfG ergibt sich kein Verstoà gegen Grundrechte, wenn der Versorgungsbezug aus bereits zu SozialversicherungsbeitrĤgen herangezogenem Arbeitsentgelt finanziert worden ist (vgl. BVerfG, Beschluss vom

6. September 2010 â_{□□} 1 BvR 739/08).

Gegen die Heranziehung von Versorgungsbezügen in der Form nicht wiederkehrender Leistung bestehen verfassungsrechtliche Bedenken auch dann nicht, wenn das entsprechende Rechtsverhältnis â∏∏ wie hier â∏∏ bereits vor dem 1. Januar 2004, vor Inkrafttreten des <u>§ 229 Abs. 1 Satz 3 SGB V</u>, abgeschlossen wurde (vgl. in Bezug auf Direktversicherungen BSG, Urteil vom 26. Februar 2019 \hat{a} | B 12 KR 17/18 R). Wie das BVerfG bereits entschieden hat, verst \hat{A} ¶ \hat{A} | t die zum 1. Januar 2004 erweiterte 1/120-Regelung nicht gegen Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem rechtsstaatlichen. Grundsatz des Vertrauensschutzes. Die Belastung auch von Einmalzahlungen mit dem vollen allgemeinen Beitragssatz seit 1. Januar 2004 beurteilt sich nach den GrundsÄxtzen über die unechte Rückwirkung von Gesetzen. Die Versicherten konnten aber, nachdem der Gesetzgeber bereits mit dem Rentenanpassungsgesetz (RAG) 1982 vom 1. Dezember 1981 (BGBI; I 1205) laufende Versorgungsbezüge in die Beitragspflicht einbezogen hatte, nicht uneingeschrĤnkt in den Fortbestand der ursprļnglichen beitragsrechtlichen Privilegierung vertrauen (vgl. in Bezug auf Direktversicherungen BVerfG, Beschluss vom 6. September 2010 â∏ 1 BvR 739/08 -, Beschluss vom 7. April 2008 â∏∏ <u>1 BvR 1924/07</u>; BSG, Urteil vom 26. Februar 2019 â∏∏ <u>B 12 KR</u> 17/18 R).

Ein Verstoà gegen Art. 3 Abs. 1 GG ist auch durch die TeilÃxnderung des § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V zum 1. Januar 2018 durch das BetriebsrentenstĤrkungsgesetz (vom 17. August 2017, BGBI I 3214), wonach Leistungen aus dem AltersvorsorgevermĶgen i.S.d. <u>§ 92</u> Einkommensteuergesetz (sog. Riesterrenten) bei der Beitragspflicht von Versorgungsbezügen auÃ∏er Betracht bleiben, nicht bedingt. Die Neuregelung ist Teil eines arbeits-, steuer- und grundsicherungsrechtlichen Gesamtkonzepts, mit dem das Ziel der BekĤmpfung von Altersarmut verfolgt wird (vgl. in Bezug auf Direktversicherungen BSG, Urteil vom 26. Februar 2019 $\hat{a} \square \square B$ 12 KR 17/18 R). Die Bek \tilde{A} mpfung von Altersarmut ist ein legitimes Ziel, das mit der Privilegierung betrieblicher â∏Riesterrentenâ∏ im Beitragsrecht erreicht werden kann. WĤhrend demnach mit der Privilegierung von Leistungen nach <u>§ 92 EStG</u> Betriebsrenten gestÃxrkt und Altersarmut bekÃxmpft werden soll, steht hier das die Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bestimmende SolidaritÄxtsprinzip im Vordergrund, wonach die Versicherten an den Kosten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfäxhigkeit zu beteiligen sind. Die Herausnahme der â∏Riesterrentenâ∏ aus der Beitragspflicht in der Auszahlungsphase begÄ¹/₄nstigt die betrieblichen â∏Riesterrentnerâ∏ auch nicht unverhältnismäÃ∏ig (vgl. BSG, Urteil vom 1. April 2019 $\hat{a} \sqcap \square B$ 12 KR 19/18 R $\hat{a} \sqcap \square M$ m.w.N.). Soweit auch betriebliche â∏Riesterrentenâ∏ der nicht von Altersarmut bedrohten Personen von der Beitragspflicht ausgenommen sind, hÃxlt sich § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V in den Grenzen zulĤssiger Typisierung. Dass betriebliche â∏Riesterrentenâ∏ generell auÄ \sqcap er Betracht bleiben, dient der Verwaltungsvereinfachung. Mit der Zertifizierung nach dem AltZertG steht den Krankenkassen im Rahmen der Massenverwaltung ein einfach zu prüfendes Kriterium zur Verfügung (vgl. BSG, Urteile vom 26. Februar 2019 $\hat{a} \square \square B$ 12 KR 13/18 R $\hat{a} \square \square$ und $\hat{a} \square \square B$ 12 KR 17/18 R, vom 1. April 2019 â∏∏ <u>B 12 KR 19/18 R</u> und vom 8. Juli 2020 â∏∏ <u>B 12 KR 1/19 R</u> â∏∏ jeweils m.w.N.).

Die streitrelevanten Rechtsfragen sind im \tilde{A}_{\Box}^{\Box} brigen j $\tilde{A}_{\Box}^{\dagger}$ ngst durch das BSG und auch das BVerfG wiederholt best \tilde{A}_{\Box}^{\Box} tigt worden (zuletzt BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 17. Juni 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} 1 BvR 1134/15; BSG, Urteil vom 8. Juli 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 1/19 R; Beschluss vom 20. August 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 15/20 B; Beschluss vom 18. Juni 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 18/20 B; Beschluss vom 3. Juni 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 12/20 B; Urteil vom 12. Mai 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 22/18R; Beschl \hat{A}_{\Box}^{\dagger} sse vom 8. April 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 94/19 B, B 12 KR 90/19 B; Beschluss vom 3. \hat{A} April 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 81/19 B; Beschluss vom 17. M \hat{A}_{\Box}^{\dagger} z 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 91/19 B; Beschluss vom 13. Februar 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 79/19 B; Beschluss vom 21. Januar 2020 \hat{a}_{\Box}^{\Box} B 12 KR 64/19 B).

b. Die Beklagte hat auch die â□□ vom Kläger nach <u>§ 250 Abs. 1 Nr. 1 SGB V</u> alleine zu tragenden â□□ Beiträge in zutreffender Höhe festgesetzt.

Entsprechend der gesetzlichen Regelung in $\hat{A}\S$ 229 Abs. 1 Satz 3 SGB V gilt bei einer als Einmalbezug gew \hat{A} xhrten Versorgungsleistung, dass 1/120 dieser Leistung als monatlicher Zahlbetrag der Versorgungsbez \hat{A}^{1} 4ge anzusehen ist und dementsprechend f \hat{A}^{1} 4r l \hat{A} xngstens 120 Monate Beitr \hat{A} xge zu entrichten sind. Der Beitragspflicht unterliegt grunds \hat{A} xtzlich der gesamte Auszahlungsbetrag. Dies folgt aus dem im Sozialrecht grunds \hat{A} xtzlich geltenden Bruttoprinzip (BSG, Urteil vom 4. September 2018 \hat{a} B 12 KR 20/17 R).

Von der Beitragspflicht ausgenommen sind nur Kapitalleistungen, die auf BeitrĤgen beruhen, die ein Arbeitnehmer vor Beginn oder nach Beendigung seiner ErwerbstĤtigkeit auf den Lebensversicherungsvertrag unter EinrĽcken in die Stellung des Versicherungsnehmers eingezahlt hat (BVerfG, BeschlĽsse vom 28. September 2010 â□□ 1 BvR 1660/08 sowie vom 14. April 2011 â□□ 1 BvR 2123/08; BSG, Urteile vom 30. MĤrz 2011 â□□ B 12 KR 16/10 R, â□□ B 12 KR 24/09 R). Diese Rechtsprechung hat der Gesetzgeber mit der zum 15. Dezember 2018 erfolgten EinfÄ⅓gung in § 229 Abs. 1 Nr. 5 SGB V durch Art. 1 Nr. 5a GKV-VEG nachvollzogen.

Die Beklagte hat diesen Vorgaben entsprochen und aus den von der O zuletzt gemeldeten BetrÄ α gen in HĶhe von 32.155,25 â α und 31.616,99 â α beitragspflichtige monatliche BezÃ α 4ge errechnet. Es liegen keine Anhaltspunkte dafÃ α 4r vor, dass die zuletzt von der O mit Schreiben vom 15. Juni 2020 gemeldeten BetrÄ α 4ge unzutreffend sind. Der KlÃ α 4ger behauptet dies auch nicht, sondern erachtet die mitgeteilten Summen als schlÃ α 4ssig (Schriftsatz vom 30. Juni 2020, Bl. 291 GA).

Zutreffend hat die Beklagte bei der Beitragsfestsetzung zuletzt mit Bescheiden vom 20. August 2020 die Beitragsrýckgewährsumme aus der Berufshaftpflicht-Zusatzversicherung nicht (mehr) verbeitragt. Zahlungen aus einer freiwilligen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung sind nicht nach § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 HS. 1 SGB V beitragspflichtig. Sie sind nicht Erträge einer Lebensversicherung, die als Direktversicherung vom Arbeitgeber des Klägers abgeschlossen wurde (hierzu

ausführlich BSG, Urteil vom 10. Oktober 2017 â□□ B 12 KR 2/16 R). Es handelt sich vielmehr um Erträge aus einer privaten Versicherung, die in der GKV bei Pflichtversicherten beitragsfrei sind (Klaus Peters in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB V, 4. Aufl., § 229 SGB V, Rn. 72). Dementsprechend hat die Beklagte mit Bescheiden vom 20. August 2020 keine Beiträge auf die Beitragsrückgewährsummen der Berufshaftpflicht-Zusatzversicherung erhoben, die auf die Zeit entfallen, als der Arbeitgeber Versicherungsnehmer war; bereits geleistete Beiträge hierauf wurden an den Kläger erstattet und verzinst (so die klarstellende Mitteilung des Klägers vom 11. Juli 2021). Beiträge auf die Beitragsrückgewährsummen der Berufshaftpflicht-Zusatzversicherung, die auf die Zeit entfallen, als der Kläger Versicherungsnehmer war, sind von Beginn an nicht erhoben worden.

Unerheblich ist es, dass die Beklagte die â∏∏ mit Wirkung zum 1. Januar 2020 getroffene â∏∏ Freibetragsregelung des § 226 Abs. 2 Satz 2 SGB V in den streitigen Bescheiden nicht zur Anwendung gebracht hat. BeitrĤge aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen, das neben den Versorgungsbezügen erzielt wird, sind gemäÃ∏ <u>§ 226 Abs. 2 SGB V</u> (in der bis 31.12.2019 geltenden Fassung) nur zu entrichten, wenn die monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen insgesamt ein Zwanzigstel der monatlichen BezugsgröÃ∏e nach § 18 Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) übersteigen. Seit dem 1.1.2020 ist gemäà A 226 Abs. 2 Satz 2 SGB V (in der Fassung des GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetzes vom 21.12.2019, BGBI, I 2913) vorgesehen, dass von den monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen nach § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V ein Freibetrag in Höhe von einem Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgr \tilde{A} ¶ \tilde{A} \square e nach \hat{A} § 18 SGB IV (2020: 159,25 \hat{a} \square ¬; 2021: 164,50 \hat{a} \square ¬) abzuziehen ist, wobei der abzuziehende Freibetrag der Höhe nach auf die monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen nach § 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V begrenzt ist.

Diese Freibeträge kommen bei den hier streitigen Versorgungsbezügen nicht zur Anwendung, da diese â de Beteiligten übereinstimmend vorgetragen haben (Schriftsatz des Klägers vom 11. Juli 2021, Schriftsatz der Beklagten vom 7. Juli 2021) â de bereits bei einer â hier nicht streitigen â Direktversicherung der Firma A unmittelbar von der Zahlstelle (§Â§ 202, 256 SGB V) in Abzug gebracht werden.

Dass die Beklagte bei der konkreten Festsetzung der Beiträge fehlerhafte Beitragssätze zu Grunde gelegt hat oder sonstige Berechnungsfehler vorliegen, ist im ̸brigen weder vorgetragen noch dem Senat anderweitig ersichtlich.

2. Dem Kläger steht kein Anspruch auf rückwirkende Erstattung (§ 26 Abs. 2 SGB IV) der â□□ berechnet aus seinen Versorgungsbezügen seit Dezember 2014 â□□ geleisteten Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nebst Zinsen zu, da die streitigen Beiträge nicht zu Unrecht, sondern zu Recht â□□ aufgrund der rechtmäÃ□igen Beitragsfestsetzung in den streitigen Bescheiden â□□ entrichtet worden sind.

D. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 SGG</u> und trägt dem Umstand Rechnung, dass die Beklagte dem Begehren des Klägers im laufenden Verfahren mit Bescheiden vom 26. März 2019 und 20. August 2020 teilweise abgeholfen hat.

E. Gründe, die Revision zuzulassen, bestehen nicht, <u>§ 160 SGG</u>.

Â

Erstellt am: 11.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024